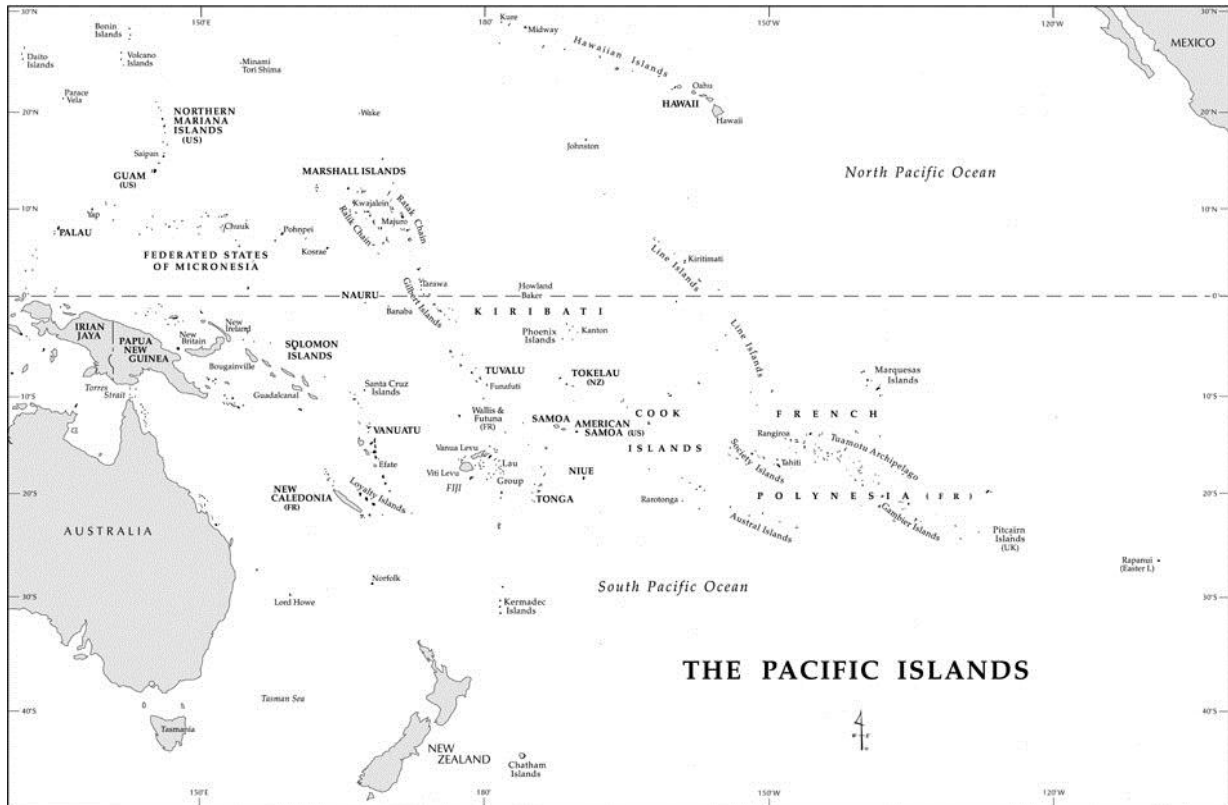


# Schwache Staaten und starke Interessen: Die Ozeanien-Politik der Volksrepublik China



(Quelle: [http://muse.jhu.edu/journals/contemporary\\_pacific/toc/images/pacific\\_islands.jpg](http://muse.jhu.edu/journals/contemporary_pacific/toc/images/pacific_islands.jpg))

## 1. Einleitung

Im folgenden Beitrag geht es um das außenpolitische Auftreten der Volksrepublik China in Ozeanien<sup>1</sup>. Dabei steht zunächst das Verhältnis der beiden chinesischen Staaten zu den insularen Kleinstaaten im Pazifik<sup>2</sup> im Fokus. Des Weiteren zeichnen sich hier aber massive ökonomische Interessen und vor allem das Ringen zwischen den USA und der PRC als pazifische und in zunehmendem Maße auch globale

<sup>1</sup> Unter dem Begriff Ozeanien sind hier die insularen Kleinstaaten des Pazifiks zu verstehen. Dazu gehören neben Papua-Neuguinea (PNG), Fidschi, die Salomonen, Vanuatu, Palau, die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), die Marshallinseln, Kiribati, Nauru, Tuvalu, das Königreich Tonga und Samoa. Ferner müssen dazu auch Australien und Neuseeland sowie die nicht vollständig souveränen Gebiete wie die Cookinseln, die Marianen, Niue oder Französisch-Polynesien gezählt werden.

<sup>2</sup> Der Einfachheit halber verwende ich die gebräuchlichen Abkürzungen PRC (People's Republic of China) und ROC (Republic of China, Taiwan) sowie für die pazifischen Staaten die Kurzform PIS (Pacific Islands States).

Vormacht ab. Dabei kommt den pazifischen Staaten zum einen der Status eines „außenpolitischen Versuchsfeldes“ der PRC (vgl. Windybank 2005: 29, Dobell 2007: 8) und zum anderen eine gestiegene strategische Bedeutung zu, die unter Umständen zukünftig wieder die Intensität erreichen könnte, die zu Zeiten des Kalten Krieges zu beobachten war. Mithin zeichnen sich durch das Engagement der PRC drei verschiedene Ebenen ab. Die erste Ebene beschreibt den Einfluss der PRC in den einzelnen pazifischen Inselstaaten, weswegen sie als nationale Kleinstaatenebene bezeichnet werden kann. Die zweite Ebene umschreibt das Auftreten der ROC als Widerpart zur PRC im Pazifik, wobei die Auswirkungen dieses chinesischen Wettstreits auf die PIS zu beleuchten sind. Die dritte Ebene umfasst schließlich das Verhältnis der globalen Vormacht USA und ihres Herausforderers PRC sowie das Verhältnis zwischen der PRC und Japan als ökonomische Führungsmacht. Diese drei Ebenen sind vor einem politischen und einem ökonomischen Hintergrund zu betrachten. Während die erste Ebene, also das Verhältnis zu den inselpazifischen Staaten sowie zu Neuseeland und Australien, eher eine strategische und ökonomische Dimension hat, ist das Verhältnis zwischen den USA und der PRC bezüglich Ozeaniens eher das einer machtpolitischen Konkurrenzstellung. Allerdings ist hinsichtlich der ersten Ebene auch die zweite Ebene, also das Verhältnis zwischen den beiden chinesischen Staaten, zu beachten, die in einer politischen Dimension vor dem Hintergrund einer „Ein-China-Politik“ zu sehen ist.

Für die insularen Kleinstaaten des Pazifiks zeichnet sich dabei die Möglichkeit ab, ihre kleinstaatlich-strukturellen Zwänge etwas abzumildern und dabei vor allem ihre wichtigste Ware anzubieten: ihre staatliche Souveränität im Sinne einer „Sovereignty for Sale“ (Drezner 2001: 76-77, siehe auch Kakazu 1994: 60-63), was die Bedeutung des Faktors Eigenstaatlichkeit hervorhebt. Viele Kommentatoren sehen darin allerdings auch eine große Gefahr. Optimistische Stimmen wie die des ehemaligen neuseeländischen Diplomaten Michael Powles (2007), wonach die PRC internationale Konventionen zur Verfolgung der eigenen Interessen anerkennt, sind hierbei eher die Ausnahme. Vielmehr wird befürchtet, dass das Werben beider

chinesischen Staaten eher dazu führt, besonders die fragilen Staaten des so genannten „Arc of Instability“<sup>3</sup> noch mehr zu destabilisieren<sup>4</sup>.

Um das Interesse der PRC an den pazifischen Kleinstaaten erläutern zu können, sollte die Zielsetzung der chinesischen Außenpolitik nicht aus den Augen verloren werden. Dazu gehört der Alleinvertretungsanspruch der PRC gegenüber der ROC, die Erhöhung der nationalen Sicherheit und die ökonomischen Interessen der Volksrepublik sowie in diesem Sinne das Verhältnis des aufstrebenden Global Players China zu den USA. Dabei soll nach einer Darstellung der Grundzüge der chinesischen Außenpolitik zunächst ein kurzer Überblick über die chinesische Zweistaatlichkeit sowie die realen außenpolitischen Auswirkungen auf die PIS erfolgen. Hier zeigt sich eine starke Nachfrage beider Chinas nach der Nutzung der staatlichen Souveränität der pazifischen Kleinstaaten, welche die ökonomischen Interessen oftmals in den Schatten stellt. Des Weiteren ist aber auch ein Vergleich zwischen der unilateralen Supermacht USA und der nach Selbsteinschätzung multilateral agierenden neuen Macht PRC (vgl. Windybank 2005: 28) festzustellen, der sich je nach Sichtweise um Akzeptanz oder um Eindämmung des chinesischen Einflusses dreht. Dabei wird die Frage beantwortet, welche Bedeutung die schwachen pazifischen Staaten für die Volksrepublik China haben und welche Rolle Australien sowie die USA spielen.

## *2. Grundzüge der chinesischen Außenpolitik*

Die Grundzüge der chinesischen Außenpolitik sind ohne grundlegende Kenntnisse des chinesischen Selbstverständnisses und ohne Kenntnisse der chinesischen Kultur

---

<sup>3</sup> Der „Arc of Instability“ ist eine angenommene verbundene Kette von politisch instabilen Nationalstaaten der Asien-Pazifik-Region. In den 1990ern wurde der Begriff insbesondere bei australischen Journalisten und Politikern populär. Zu den Staaten des „Arc of Instability“ gehören Papua-Neuguinea, die Salomonen, Timor Leste, Indonesien und Fidschi (vgl. May 2003).

<sup>4</sup> Besonders interessant ist hierbei die Debatte um die so genannten gescheiterten Staaten („failed states“) im Pazifik. Es stellt sich hier prinzipiell die Frage, ob das Scheitern aus der verwendeten westlichen Perspektive überhaupt anwendbar ist, wenn das Scheitern als Staat und als solches in den entsprechenden Gesellschaften so nicht interpretiert wird, weil lediglich traditionale Regelungsmechanismen weiterhin gebraucht werden, die aus westlicher Sicht einen Konflikt zwischen Tradition und Moderne verursachen. Weiterhin wird hier die Frage aufgeworfen, ob nicht gerade in Melanesien das Überstülpen des westlichen Modells „Staat“ über die eingespielten Gesellschaften in dem Sinne problemursächlich sind, als dass dies einen Konflikt zwischen den gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen mit sich bringen musste. Letztendlich stehen somit auch die ehemaligen Kolonialmächte in der Kritik, die es versäumten, die von ihnen neu geschaffenen Staaten ausreichend für die Unabhängigkeit zu präparieren (siehe dazu Reilly 2000, Fraenkel 2004, Nelson 2006).

nicht darstellbar. Dabei – das sei bereits jetzt vorweggenommen – agiert die PRC in einem Verhältnis divergierender Pole. Auf der einen Seite steht ein idealistisches Selbstverständnis der chinesischen Gesellschaft und des chinesischen Staates im Sinne einer konfuzianischen Lehre und auf der anderen Seite zeichnen sich die realpolitischen Notwendigkeiten eines modernen Staates ab. Allerdings bereitet es hierbei einige Schwierigkeiten, von „der“ oder von „einer“ konfuzianischen Lehre auszugehen. Kultur, Gesellschaft und Staat in der PRC sind natürlich sehr viel komplexer und eine Lehre ist als allgemeingültiger Erklärungsansatz sicherlich zu kurz gegriffen (vgl. Zieseimer 2006). Dennoch scheint unbestritten, dass die ursprüngliche konfuzianische Lehre immer wieder aufgegriffen und modifiziert wurde. Diese Modifizierung wurde mitunter bis zur Unkenntlichkeit des „Urproduktes“ vorgenommen, um es damit den geänderten Realitäten und den geänderten Ansprüchen anzupassen. Somit wird *der* Konfuzianismus zu einem allgegenwärtigen Rechtfertigungsinstrument aus einer mystifizierten Tradition (vgl. Lackner 2000: 425f).

Das idealistische Selbstverständnis ist direkt aus der eben erwähnten konfuzianischen Lehre ableitbar, nachdem das Wohlergehen des Menschen im Fokus zu stehen hat. Dabei stehen zwei Grundsätze im Mittelpunkt: zum einen die stark an den Kategorischen Imperativ Kants erinnernde Maxime, nach der anderen nicht das angetan werden soll, was für sich selbst nicht gewünscht wird, und zum anderen die Interdependenz der Persönlichkeit, die immer in einem Wechselspiel mit anderen steht und deswegen die prinzipielle Gleichartigkeit und Lernfähigkeit des Menschen unterstreicht (vgl. Störig 1998: 93, Eun-Jeung 2000: 423). Die Selbstsicht der PRC idealisiert dieses Weltbild zumindest nach außen, indem der erste Grundsatz der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik von Frieden und Harmonie geprägt sei (vgl. Chen 2006: 325). Nach Pekings offizieller Sichtweise ist die Zeit der Bipolarität zwischen der Sowjetunion und den USA ebenso vorbei wie die darauf folgende Zeit der hegemonialen Unipolarität der USA. In einem solchen Zeitalter der Multipolarität, das zumindest von der PRC angestrebt wird, sei vor allem gegenseitiges Vertrauen zwischen den Akteuren auf der internationalen Bühne bedeutsam, weswegen Multilateralismen zu unterstützen und hegemoniale Ansprüche abzulehnen seien (vgl. Chen 2006: 327f). Die Eindämmung hegemonialer und unipolarer Bestrebungen wird somit für Peking zu einer wichtigen

sicherheitspolitischen Frage, die es mit den gegebenen Mitteln einer adäquaten Machtpolitik durchzusetzen gilt. Allerdings beginnt in Chinas Außen- und Sicherheitspolitik ein realistischer Wolf aus dem idealisierten Schafspelz hervorzuschauen. Die Führung in Peking ist sich im Klaren darüber, dass an der Vormachtstellung der USA bislang nicht zu zweifeln ist und dass sich in näherer Zukunft an den bestehenden Fakten auch nichts ändern wird. Peking geht also weiterhin von der Maxime einer Supermacht und mehrerer Großmächte aus (vgl. Jisi 1999: 195). Der offizielle multilaterale Ansatz der PRC wird hier also eher zu einem Wunsch nach Multipolarität, in dessen Rahmen die PRC eine entscheidende Rolle einzunehmen gedenkt. Ein multilaterales System wird demnach nur dann unterstützt, wenn es kontrollierbar bleibt. Peking geht also von einem wünschenswerten funktionalen Multilateralismus unter eigener Kontrolle aus, den es zu erhalten gilt, um eine eigene entscheidende (Großmacht-) Rolle zu übernehmen (vgl. Möller 2003: 5f.). Dieser funktional-multilaterale Ansatz in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik dient also vor allem dem Zweck der eigenen Entwicklung, wobei die hegemoniale Stellung der USA zwar hingenommen, aber als Hindernis für den eigenen Aufstieg angesehen wird (vgl. Möller 2003: 18). Peking versucht also, den Einfluss der USA möglichst nachhaltig zurückzudrängen. Dies gilt natürlich für die PRC und seine direkten Nachbarn, aber auch im Rahmen der Taiwan-Frage und in entfernteren Regionen. Dabei verfolgt die Volksrepublik nicht nur den Kurs eines machtpolitischen Aufstiegs, sondern auch das Ziel der völligen Isolation Taiwans und der Absicherung der eigenen Rohstoffversorgung (vgl. Hilpert et al. 2005: 33).

Um die eben aufgeführten Ziele erreichen zu können, bedient sich die PRC allerdings weniger idealistischer Methoden. Zwar zeigt sich an den außenpolitischen Zielen der Volksrepublik eine Verneinung einer bloßen realistischen Machtpolitik aus sicherheitspolitischen Beweggründen. Andererseits verfolgt natürlich auch Peking bestimmte Interessen, wobei sich das Wohlfahrtsziel mit sicherheitspolitischen Interessen überschneidet. Damit verwirft Peking das einseitige Ziel einer sicherheitspolitischen Überlebenssicherung und stellt eigene Interessen in den Mittelpunkt des Handelns. In einer allgemeinen Betrachtung der chinesischen Ozeanienpolitik hat man es hier mit dem Führungsstaat USA und seines regionalen Verbündeten Australien als Bewahrer des Status Quo, der PRC als Revisionisten und einer Anzahl an schwachen pazifischen Inselstaaten zu tun, die als „Schwache“

in die Spannungsfelder von „Starken“ geraten. Die PRC agiert damit gemäß der Vorgaben eines modifizierten und interessenbezogenen Neorealismus, wobei die Volksrepublik als ein Revisionist auftritt, der mit den zur Verfügung stehenden Mitteln seine eigene Position zu verbessern sucht (vgl. dazu allgemein Schweller 1993: 75f.). Dazu gehört aus dem Blickwinkel der Volksrepublik auch die Annahme eines Nullsummenspiels in den Internationalen Beziehungen, so dass versucht wird, solche Gewinne einzufahren, die in diesem Sinne die Verluste der Konkurrenz ansteigen lassen.

Aus diesem Grunde überrascht es wenig, dass die Außenpolitik der PRC in den letzten Jahrzehnten einen grundlegenden Wandel erfahren hat. Die Volksrepublik ist seitdem um eine bedeutend aktivere Rolle im internationalen System bemüht (vgl. Medeiros/Fravel 2003: 22-35). Der chinesische Aktivismus auf der internationalen Bühne hat vor allem mit der in den letzten Jahrzehnten stark zugenommenen Integration der chinesischen Ökonomie in die Weltwirtschaft sowie der außenpolitischen Isolation der PRC nach den Massakern auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 zu tun. Peking sieht in einer aktiveren und global ausgerichteten Außenpolitik eine hinreichend gute Möglichkeit, um die eigenen Interessen durchzusetzen (vgl. Tull 2005: 7). Dazu sichert sich Peking die für den ökonomischen Aufschwung des Landes nötigen Rohstoffe. Eine zunehmende Kooperation mit den sogenannten Entwicklungsländern in der Dritten Welt hat zudem noch eine weitere Dimension. Nach eklatanten und öffentlichen Menschenrechtsverstößen wie z.B. beim Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens ist die Volksrepublik bemüht, aus dem außenpolitischen Abseits auszubrechen und Rückhalt auf der internationalen Bühne zu finden. Dies gelingt vor allem in solchen Staaten, denen selbst Menschenrechtsverstöße zur Last gelegt werden.

Das Auftreten der PRC in Ozeanien ist das Auftreten des bevölkerungsreichsten Landes der Erde in einer durch schwache und sehr kleine Staaten geprägten Region. Das Verhältnis zwischen beiden Seiten ist also von unübersehbaren Gegensätzen geprägt. Ein vergleichbares Verhältnis zeigt sich beispielsweise beim Auftreten der PRC in den afrikanischen Entwicklungsländern, so dass diese hier als Vergleich herangezogen werden können (vgl. D'Arcy 2007: 5). Im Fall der Beziehungen

zwischen der PRC und Afrika war der Zeitpunkt der Intensivierung der Beziehungen nicht unbedeutend. Ende der 1980er Jahre durchlebte Afrika eine Demokratisierungswelle, welche die autoritären afrikanischen Regimes einem zunehmenden Druck aussetzte und westliche Gebernationen dazu motivierte, die oppositionellen Demokratiebewegungen zu unterstützen (vgl. Taylor 1998: 447). Besonders einschneidend war dabei die Koppelung der westlichen Entwicklungshilfe an die Einhaltung der Maßstäbe einer guten Regierungsführung („good governance“). Unter diesen Umständen kamen die Hilfen aus der selbst nicht unumstrittenen, aber im Gegensatz zu den schwachen afrikanischen Staaten nicht übergehbaren Volksrepublik sehr gelegen. Peking war somit in Afrika in der Lage, außenpolitischen Spielraum zu gewinnen, der sich im Stimmverhalten der afrikanischen Staaten beispielsweise bei den Vereinten Nationen niederschlug. Die afrikanischen Staaten konnten auf ihrer Seite den chinesischen Rückhalt innenpolitisch nutzen. Die Beeinflussung des afrikanischen Stimmverhaltens hatte jedoch nicht nur Gründe, die in der Isolation Pekings nach Menschenrechtsverstößen zu suchen sind. Vielmehr konnte die PRC damit ein weiteres außenpolitisches Ziel verfolgen, das in der Lesart Pekings lediglich zur chinesischen Innenpolitik gehört. Jeder afrikanische Staat, der die Nähe zu Peking suchte, trug zugleich zur weiteren Abschottung Taiwans bei.

Ein sehr ähnliches Verhalten ist bei der chinesischen Außenpolitik in Ozeanien zu beobachten (vgl. Dobell 2007: 5). Besonders in der letzten Zeit wurden zunehmend kritische Stimmen an den Verhältnissen in den ozeanischen Staaten laut. Beispiele hierfür sind Legion. Die Lage in Papua-Neuguinea (PNG), Fidschi, den Salomonen und Tonga bot besonders vor dem Hintergrund der Implikation demokratischer Verhältnisse oftmals Anlass zur Kritik (vgl. Lawson 1996, 2003: 265-288). Vor allem das Königreich Tonga und seine feudalen innenpolitischen Verhältnisse wurden hierbei angeprangert (vgl. Lawson 1994, Campbell 2004, Teaiwa/ Koloamatangi 2006: 27-30). Es verwundert deswegen nicht, dass vor allem der tonganische König die Nähe zu Peking suchte, das die für ihn unangenehmen Demokratisierungsforderungen schlichtweg ausklammerte (vgl. Nadkarni 2005: 6, Keith-Reid 2004: 26-27).

Peking schlägt damit also mehrere Fliegen mit einer Klappe, indem es sich zum einen Rohstoffe und den nötigen internationalen Rückhalt sichert und zum anderen dank seiner ökonomischen Kapazität ein ökonomisch minderbemitteltes, aber dennoch voll stimmberechtigtes Staatenpotenzial in den internationalen Organisationen sichert. Eine nicht zu unterschätzende Funktion übt in diesem Zusammenhang eine sehr offensiv angelegte Reisediplomatie der chinesischen Funktionsträger aus, die auch gerade in Ozeanien zu beobachten ist. Die Tatsache, dass die Staats- und Regierungschefs von prinzipiell unbedeutenden Staaten wie Vanuatu oder Tuvalu dabei von den Mächtigen aus Peking hofiert werden, macht einen nicht unwesentlichen Teil der chinesischen Attraktivität aus (vgl. Biddick 1989: 800f, Henderson 2001: 150).

### *3. Determinanten der chinesischen Außenpolitik und ihre Auswirkungen in Ozeanien*

Zu den Determinanten der chinesischen Außenpolitik in der südpazifischen Region zählen die Sicherung der Rohstoffversorgung, das Bestreben, die ROC zu isolieren, und die Eindämmung des amerikanischen und damit auch des australischen Einflussgebietes (vgl. Hegarty 2007: 16). Im Folgenden sollen diese Punkte detailliert dargestellt werden.

#### *3.1. Rohstoffsicherung*

Obwohl der Einfluss der PRC in den ozeanischen Staaten eher strategischer Natur ist, bestehen auch ökonomische Interessen. Über 3.000 chinesische Privat- und Staatsfirmen mit einem Investitionsvolumen von rund 800 Mio. US\$ haben sich bislang in der Region angesiedelt. Peking stellt noch vor Canberra das größte Kontingent an Diplomaten im Pazifik (vgl. Australia 2006: 165,175; Crocombe 2007: 26). Gesteuert wird dieser Prozess des chinesischen Engagements im Pazifik durch das Pacific Trade Office in Peking, das die ökonomischen Beziehungen zwischen der PRC und den PIS koordiniert. Innerhalb der pazifischen Inselwelt bestehen vor allem mit den melanesischen Staaten und hier besonders mit PNG und den Salomonen enge ökonomische Verbindungen, weil diese Staaten über bedeutende Rohstoffressourcen verfügen (vgl. Henderson/Reilly 2003: 103). So befindet sich in



PNG und auf den Salomonen eine lukrative Forstindustrie, welche die Investoren sowohl aus der PRC als auch aus der ROC anzieht. PNG verfügt darüber hinaus noch über weitere Bodenschätze wie zum Beispiel Kupfer, Nickel, Öl oder Gold. Die PRC ist bereits in PNG aktiv und investierte über die staatseigene China Metallurgical Group Corporation alleine 650 Mio. US\$ in die Ramu-Nickel-Mine (vgl. Callick 2004: 26f). Weiterhin verfügt PNG über Ölvorkommen, die bislang ein Investitionsvolumen von geschätzten 3,5 Mrd. US\$ versprechen (vgl. Keith-Reid 2004b: 36f). Diese Zahlen lassen die Industriestaaten der Ersten Welt nicht unbedingt vor Ehrfurcht erstarren. In einem Land wie PNG, das zwei Drittel seiner Exporteinkünfte von rund vier Milliarden US\$ mit Minen bestreitet, haben diese Zahlen allerdings eine bedeutend tiefgreifendere Wirkung. Dem sei hinzugefügt, dass die Volkswirtschaft PNGs im inselpazifischen Raum die mit großem Abstand größte ist. Weiterhin üben die reichen Fischbestände der pazifischen Staaten mit ihren ausgedehnten Exclusive Economic Zones (EEZ)<sup>5</sup> einen Anreiz für ein ökonomisches Engagement aus, wobei hier besonders die ROC, die Europäische Union und Japan aktiv sind.

Taiwans Interesse am südpazifischen Fisch bzw. Thunfisch ist wiederum ein Anreiz für ein stärkeres maritimes Engagement der PRC (vgl. Field 2005: 17), wobei die Gefahr einer vollständigen Überfischung immer größer wird<sup>6</sup>. Das zunehmende ökonomische Gewicht der PRC in der Region ist auch Japan negativ aufgefallen. Japan sieht die Volksrepublik immer mehr als einen weltwirtschaftlichen Gegenspieler an, dessen Einfluss möglichst eingedämmt werden sollte. Japan kündigte nicht nur aus diesem Grund im Mai 2006 an, die Unterstützung der PIS auf rund 410 Mio. US\$ anwachsen zu lassen. Damit sicherte Japan die eigenen Interessen hinsichtlich der begehrten Fischereilizenzen und bezüglich der Stimmabgabe innerhalb der Internationalen Walfangkommission im Sinne Japans. Die Nutzung von gewährten Transferleistungen zur Realisierung dieser beiden Ziele hat in Japan eine gewisse Tradition (vgl. Tarte 1997: 83). Japans Geberlaune hat

---

<sup>5</sup> Die weiträumigen EEZ sorgen auch für ein reges Interesse an maritimen Ressourcen wie beispielsweise Mangan. Die PRC hat in diesem Zusammenhang geologische Forschungen durchgeführt. Eine sich ökonomisch auswirkende Aktivität ist daraus aber noch nicht entstanden.

<sup>6</sup> Dies besorgt die inselpazifischen Staaten natürlich sehr, weil somit ein großer ökologischer Schaden entsteht und weil dadurch gleichzeitig eine lukrative Einkommensquelle versiegen würde. Es wird geschätzt, dass die Hochseefloten aus Europa und Asien in den EEZs der PIS jährlich Fisch im Wert von zwei Milliarden US\$ fangen, wovon allerdings lediglich fünf bis acht Prozent an die PIS gezahlt werden (vgl. Keith-Reid 2004c: 16).

aber auch einen anderen Grund. Die ökonomische Supermacht Japan möchte gleich Deutschland auch (welt-)politisch einen größeren Einfluss gewinnen. Dieser verstärkte Wunsch nach Einfluss ließe sich am ehesten über einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat realisieren, was bislang von der PRC blockiert wird. Dennoch versucht Japan, auch über die Stimme der zwölf pazifischen UN-Mitglieder die eigenen Chancen auf einen permanenten Sicherheitsratssitz zu wahren (vgl. Hegarty 2007:18).

Das Ringen zwischen der ROC und der PRC um die beste Position im Fischfang ist jedoch nur ein vorgeschobenes Argument. Es geht vor allem der PRC darum, die ROC diplomatisch und ökonomisch zu isolieren, womit das nächste große außenpolitische Ziel der PRC umschrieben ist.

### *3.2. Der Wettstreit zwischen den beiden chinesischen Staaten*

Nach dem Ende des chinesischen Bürgerkrieges 1949 zogen sich die antikommunistischen Gruppen nach Taiwan zurück. Im Zeichen des Kalten Krieges erfuhr zunächst die ROC die westliche Aufmerksamkeit. Das Regime in Taipeh wurde als die legitime Vertretung betrachtet. Zwischen 1969 und 1971 setzte der damalige US-Präsident Nixon seine Ankündigungen zur Normalisierung der Verhältnisse zwischen den USA und der PRC in die Tat um. Im Oktober 1971 fügten sich die USA dem Beitritt der PRC zur UNO, wo Peking anstatt Taipeh von nun an den chinesischen Sitz im Sicherheitsrat einnahm. 1972 reiste Nixon nach China und unterzeichnete das so genannte Shanghai-Kommuniqué, das seitdem die Beziehungen zwischen den beiden Staaten regelt. Zwar verweigerten die USA nach wie vor den Anspruch Pekings auf Taiwan, nahmen aber zugleich hin, dass es nur *ein* China gibt und dass Taiwan Teil Chinas sei (vgl. Möller 2005: 83f). Welche Regierungsform ein geeintes China haben müsste, wurde jedoch ausdrücklich nicht geregelt. Die Chinesen waren aufgefordert, darüber zu entscheiden. Bis dahin wird weiterhin von einer chinesischen Nation, aber von zwei chinesischen Staaten ausgegangen, was praktisch einem Startschuss zum diplomatischen Wettstreit zwischen Peking und Taipeh glich. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, wer von wem anerkannt wird. Bedeutender sind die Möglichkeiten, die sich für die ROC ergeben, falls sich ein Staat entschließt, diplomatische Beziehungen mit Taipeh aufzunehmen.

In einem solchen Fall hätte Taipeh ein Sprachrohr in den internationalen Organisationen. Im Bereich der schwachen Staaten im Pazifik bedeutet dies nichts weniger, als dass sich die ROC Gehör verschaffen könnte, ohne einen zu großen Aufwand zu betreiben. Da beispielsweise in den UN die Regel des „one state, one vote“ gilt, kann sich die ROC im für sie günstigsten Fall auf die Stimme von zwölf stimmberechtigten pazifischen Staaten bei den UN stützen. Gleichfalls ist es der ROC möglich, über die PIS Eingaben in den UN zu machen. So machten am 05.08.2005 elf Staaten eine Eingabe in der UN-Vollversammlung zwecks Aufnahme der ROC in die UNO. Unter den elf Staaten befanden sich vier pazifische Inselstaaten (vgl. UN 2005). Bislang unterhält die ROC diplomatische Beziehungen zu sechs Staaten in Ozeanien<sup>7</sup>. Aufgrund des Abstimmungssystems in den UN ist es den pazifischen Staaten möglich, zum Teil relativ weitreichende Ergebnisse zu erzielen. Als Beispiel sei hierfür die United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS) des Jahres 1982 genannt, welche die heute gültige EEZ bestimmt und die maßgeblich von den in den UN vertretenen PIS angeregt wurde (vgl. Powles 2002: 60).

Neben dem eben geschilderten Nutzen für die ROC hat der Wettstreit zwischen den beiden chinesischen Staaten aber auch sehr praktische Auswirkungen für die PIS, die somit gemäß einer zu veräußernden Stimme ihr geringes Gewicht in eine Waagschale legen können, das allerdings ein großes Pendel zum Schwingen bringen kann. So war bereits zu Zeiten des Kalten Krieges die Vergabe von Fischereilizenzen nicht nur ein gutes Geschäft, sondern ebenfalls ein außenpolitisches Instrument der PIS. Die pazifischen Inselstaaten wie Kiribati waren und sind enorm abhängig von externer Hilfe<sup>8</sup>, so dass das Ringen solcher Staaten

---

<sup>7</sup> Zu den zwölf inselpazifischen UN-Mitgliedsstaaten siehe FN 1. Die ROC unterhält gegenwärtig mit den Salomonen, Nauru, Palau, den Marshallinseln, Kiribati und Tuvalu diplomatische Beziehungen. Anfang der 1990er Jahre bekannten sich Nauru, Tuvalu, Tonga und die Salomonen zur ROC. Nauru, die SI und Tuvalu verhalten sich loyal zur ROC, obwohl die Salomonen 2000 über einen Wechsel zur PRC nachdachten. Tonga befand sich bis 1998 ebenfalls in dieser Gruppe, bevor es sich zum Wechsel in Richtung Peking entschloss. Im selben Jahr entschlossen sich die Marshall Islands, die ROC anzuerkennen, woraufhin Palau 1999 folgte. PNG erkannte 1999 ebenfalls die ROC an, was allerdings nach einem Regierungswechsel sofort widerrufen wurde (vgl. Henderson 2001: 146). Die verbleibenden sieben Staaten sowie die mit Neuseeland assoziierten Gebiete Cookinseln und Niue unterhalten Verbindungen mit der PRC (vgl. Hegarty 2007:13).

<sup>8</sup> Kiribati nutzte seine Souveränität und vergab 1985 seine Fischereilizenzen innerhalb seiner EEZ an die UdSSR, was in Washington die Alarmglocken klingeln ließ. Fortan war der schwache Kleinstaat wieder in das Bewusstsein der USA zurückgekehrt. Bishop und Wigglesworth (1982: 33f.) geben ein weiteres Beispiel an: So stiegen die australischen Hilfsgelder an die Region zwischen 1976 und 1979

mit einer weitreichenden politischen und ökonomischen Kapazität um die Anerkennung durch die schwachen PIS zu einer wichtigen Einnahmequelle geworden ist.

Das Auftreten der PRC in Ozeanien ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Hier stehen weniger ökonomische Fragen im Vordergrund. Vielmehr versucht Peking mittels einer Scheckbuch-Diplomatie, seine Ein-China-Politik durchzusetzen, während Taipeh mit denselben Mitteln dagegen hält. Dabei scheint die PRC die besseren Karten zu haben, denn sie erlaubt ausdrücklich ökonomische Beziehungen zu der ROC, was den durch eine kleinstaatlich-strukturelle Schwäche gekennzeichneten PIS sehr entgegenkommt, weil damit aus beiden Töpfen geschöpft werden kann. Die Liste an Beispielen für Gaben aus der PRC oder aus der ROC ist lang und nicht immer auf den ersten Blick einleuchtend, weil hiermit nicht immer zuerst eine nachhaltige Entwicklungsarbeit betrieben wird. Vielmehr werden teilweise fragwürdige Prestigeprojekte realisiert<sup>9</sup>, wobei der Verdacht nicht unbegründet erscheint, dass die Entscheidungsneigung einiger Verantwortlicher in den PIS durch Zahlungen aus Peking und Taipeh unterstützt wird (vgl. Taafaki 2007: 285).

Das gesteigerte politische Interesse der PRC am Pazifik zeigt sich vor allem auch in der Etablierung gemeinsamer chinesisch-pazifischer beziehungsweise taiwanesisch-pazifischer Foren auf höchster Regierungsebene. Sowohl die PRC als auch die ROC organisierten ein spezielles „China-Pacific Islands Countries Economic Development and Cooperation Forum“ im April 2006 in Suva beziehungsweise ein „Taiwan Pacific Allies Summit“ in Palau im September 2006. Die PRC bot auf „ihrer“ Konferenz rund

---

von 11 Mio. auf 60 Mio. Aus\$, nachdem Tonga 1976 ein Fischereiabkommen mit der UdSSR abgeschlossen hatte.

<sup>9</sup> So gab die ROC Geld für den Bau von Sportstadien in Tonga und Palau. Die PRC war ihrerseits nicht untätig und finanzierte die Einrichtungen für die South Pacific Games 2003 in Fidschi (vgl. Henderson 2001: 149) sowie 2007 in Samoa. Die Nachhaltigkeit solcher Prestigeobjekte ist dabei weniger von Interesse. Die chinesischen Geberländer finanzieren und bauen, aber kümmern sich nicht um den Erhalt. Der ökonomische Nutzen tendiert dabei gegen Null, weil zum Bau dieser Objekte keine einheimischen Firmen beauftragt werden. Die PRC beeindruckte den inzwischen verstorbenen König Tongas Tupou IV mit einer übergroßen Bronzestatue des Monarchen in Tongas Hauptstadt. Im Juni 2004 erreichte Kronprinz Tupouto'a eine Zahlung Pekings von umgerechnet rund 13 Mio. Euro für „technische Kooperation“. Die Gelder sollten zur Verbesserung des tonganischen Telekommunikationsnetzes und der Stromversorgung genutzt werden. Die in diesen Geschäftsfeldern tätigen Unternehmen sind Eigentum der tonganischen Herrscherfamilie (vgl. Keith-Reid 2004: 26f, Henderson/Reilly 2003: 103).



April 2006: Chinas Premier Wen Jiabao auf dem ersten China-Pacific Islands Countries Economic Development and Cooperation Forum in Fiji.



September 2006: Taiwans Präsident Chen Shui-bian auf dem ersten Taiwan Pacific Allies Summit in Palau

[http://rspas.anu.edu.au/papers/melanesia/working\\_papers/HegartyCHINA\\_PACIFICworkingpaper2007\\_2.pdf](http://rspas.anu.edu.au/papers/melanesia/working_papers/HegartyCHINA_PACIFICworkingpaper2007_2.pdf)

398 Mio. US\$ an Unterstützungsleistung an, wobei der Gastgeber Fidschi für das eintägige Treffen alleine 1,7 Mio. US\$ erhielt. Darüber hinaus sagte Peking einem Schuldenerlass an die pazifischen Staaten zu, versprach Hilfe im Aufbau moderner Verwaltungen und Gesundheitswesen und kündigte an, keine Zölle auf pazifische Produkte zu erheben<sup>10</sup> (vgl. Hegarty 2007: 8, D'Arcy 2007: 2). Dabei gilt, wie bereits erwähnt, dass „none of these provisions is [sic!] tied to adherence to accountability and transparency criteria as Australian aid is. Thus PRC aid has the potential to undermine Australia's leverage with Pacific Island governments by providing an alternative source of aid not dependent on implementing the reforms sought by Australia” (D'Arcy 2007: 3).

Wie sehr sich der Wettstreit zwischen der PRC und der ROC in den schwachen PIS auswirkt, lässt sich an vielen Beispielen demonstrieren. Es besteht inzwischen ein Konsens darüber, dass es nur geringer Mittel bedarf, um die pazifischen Regierungen zu destabilisieren. Es geht sowohl Peking als auch Taipeh um Anerkennung, wobei weder die eingesetzten Mittel eine Rolle spielen, noch die destabilisierenden Folgen in den PIS<sup>11</sup> und der Region beachtet werden (vgl. Dobell

<sup>10</sup> Dabei stellt sich allerdings die Frage, inwieweit solche handelsrechtlichen Abkommen mit den PICTA (Pacific Island Countries Trade Agreement)- und PACER (Pacific Agreement for Closer Economic Relations)-Vereinbarungen kompatibel sind, die auf den liberalen WTO-Richtlinien aufbauen und einseitiges Entgegenkommen eigentlich verbieten.

<sup>11</sup> Eine dieser Destabilisierungen in den pazifischen Staaten ließ sich besonders in Tonga beobachten. Um den maroden Staatshaushalt zu sanieren, entschied die tonganische Regierung 1997, Pässe an migrationswillige Hongkong-Chinesen zu verkaufen. Für einen Preis zwischen 6.600 und 13.000 Euro wurden schließlich bis Ende 1998 rund 7.000 Pässe verkauft, die zunächst mit

2007: 4). Zu den herausragendsten Beispielen des chinesisch-taiwanesischen Wettstreits gehört deren Auftreten in den Salomonen, den Marshallinseln, Kiribati und in Fidschi.

### *3.2.1. Auswirkungen der chinesischen Außenpolitik in Ozeanien anhand einiger Beispiele*

Die *Salomonen* sind in letzter Zeit auch hierzulande vergleichsweise oft in der Tagespresse aufgetaucht. Hintergrund der Berichterstattung waren die dortigen bürgerkriegsartigen Unruhen und das Eingreifen mittels der australisch geführten RAMSI-Mission (vgl. dazu z.B. McDougall 2004: 213-223). Der Ausgangspunkt der Unruhen bestand in einem für die Region Melanesien typischen Problem artifizieller sowie kulturell und ethnisch extrem heterogener Staaten, in denen die Identitätsbildung oftmals nicht einmal in Ansätzen vorhanden ist und divergierende Gruppen um Macht und Einfluss kämpfen. In diesem innersalomonischen Konflikt ging es neben den ethnisch motivierten Gewalttaten zwischen Bewohnern der Insel Malaita und Guadalcanal auch um massive ökonomische Interessen<sup>12</sup>, die vor allem mit den salomonischen Tropenholzbeständen und den dortigen Rohstoffvorkommen zusammenhängen. Ein weiteres Problem bestand in einer äußerst korrupten Oberschicht, womit der Punkt angesprochen wird, an dem die Rivalität der ROC und der PRC deutlich wird. In nicht wenigen Fällen kommen die Gelder aus Taipeh oder Peking nicht bei den Hilfsbedürftigen an, sondern versickern in der staatlichen Bürokratie bzw. bei den staatlichen Entscheidungsträgern, was wiederum von den Bewohnern mit Empörung aufgenommen wird (vgl. [www.tmcnet.com](http://www.tmcnet.com) vom 25.03.2007). In den Salomonen wurde 1998 der taiwanesischer Botschafter abgezogen, nachdem er angeklagt wurde, zwei Oppositionspolitiker bestochen zu haben, damit sie den damaligen Premier Ulufa'alu bei der anstehenden Wahl

---

Ausnahme Tongas selbst weltweit Gültigkeit haben sollten. Auf internationalen Druck hin wurde dieser Passus gestrichen, so dass die Chinesen auch in Tonga selbst hätten einwandern können. Obwohl die meisten Chinesen Tonga lediglich als Zwischenstation ansahen, entstanden unter den Tonganern massive xenophobische Befürchtungen darüber, dass sich Chinesen in großer Zahl in Tonga niederlassen könnten, was wiederum zu ernster Kritik am tonganischen Königshaus führte. Es verwundert dann auch nicht, dass bei den tonganischen Unruhen im Herbst 2006 nicht nur Regierungsstellen attackiert wurden, sondern dass auch gezielt chinesische Geschäfte in Mitleidenschaft gezogen wurden (vgl. Mückler 2006: 190, 191; Holtz 2007: 173).

<sup>12</sup> Hier sind besonders Landrechtsstreitigkeiten als Konfliktgrund zwischen den Bewohnern Guadalcanals und Zuwanderern von der Insel Malaita zu nennen. Siehe dazu auch Böge 2001: 29 und Mückler 2000: 67.

unterstützten. Ulufa'alu, ein gebürtiger Malaitaner, galt als Unterstützer Taiwans, welches seine Regierung auch anerkannt hatte. Derweilen hegte die Provinzregierung Guadalcanals enge Beziehungen mit der Guangdong-Provinz in der PRC. Nach seinem gewaltsamen Sturz im Juni 2000 überlegte die neue Regierung in Honiara ernsthaft einen Wechsel zur PRC, so dass anzunehmen ist, dass der auf den ersten Blick rein innersalomonische Konflikt zumindest von außen mitgestaltet wurde (vgl. Henderson 2001: 150).

Im Rahmen des Gewaltkonflikts baten die Salomonen die UNO im September 2002 zweimal um Hilfe. Zwischen dem 17. und dem 24. Oktober 2002 schickten die UNO ein Beobachtungsteam nach Honiara. Der Sicherheitsrat sprach sich für einen Koordinationsrahmen aus, durch den ein Peacebuilding Büro in Honiara und Polizeikräfte (Civilian Police, CIVPOL) zur Unterstützung der salomonischen Sicherheitskräfte geschaffen werden sollte. Im März 2003 befürwortete die salomonische Regierung im Zuge ihrer Anerkennung Taiwans eine Mitgliedschaft Taiwans in der UNO. Daraufhin setzte die PRC ihr Veto bezüglich einer Peacebuilding-Aktion auf den Salomonen ein, so dass die Salomonen ihre formale Anfrage zurückzogen (vgl. Ponzio 2005: 176). Honiara musste wissen, dass eine Anerkennung Taiwans negative Sanktionen der PRC mit sich bringen musste. Es erscheint hier der Verdacht nicht unbegründet, dass die Salomonen auf Geheiß Canberras handelten, um zum einen die UNO aus dem Spiel zu halten, damit im inselpazifischen Raum weiterhin eine Politik der freien Hand gewährleistet blieb. Zum anderen konnte damit aber auch ein weiteres Engagement der aufstrebenden Macht China im Pazifik eingedämmt werden, was besonders den USA als dem wichtigsten Verbündeten Australiens ein großes Anliegen war und ist.

Die beiden chinesischen Staaten sind auch in den innersalomonischen Angelegenheiten aktiv, sofern beide Staaten ihre Interessen im Sinne einer Anerkennung des jeweilig anderen betroffen sehen. Oftmals sind damit geldwerte Leistungen an die entsprechenden Entscheidungsträger verbunden. Diese Leistungen rufen jedoch Widerstand in der Bevölkerung hervor, so dass – wie im Falle der Salomonen – der „innerchinesische Anerkennungswettbewerb“ die pazifischen Staaten destabilisiert. Mitunter kommt es aus diesen Gründen zu Übergriffen gegenüber Chinesen in den pazifischen Staaten, da deren Anwesenheit

und vor allem ihre ökonomische Kraft als Bedrohung empfunden wird<sup>13</sup>. Der Journalist Graeme Dobell erhielt von offizieller Seite aus Taiwan die Information, dass 15 % der Hilfgelder aus der ROC dem Taiwan International Cooperation and Development Fund unterstehen und somit offiziell und transparent sind. 85 % werden direkt vom Außenministerium verwaltet, ohne dass darüber Rechenschaft abgelegt werden müsste. Die somit intransparente Verwendung solcher „Hilfs“gelder bietet Raum für mannigfache Interpretationen. Aussagen salomonischer Parlamentsangehöriger unterstreichen dies. Demnach erhält jeder Abgeordnete 75.000 SI\$ (ca. 7.333 €) pro Jahr vom salomonischen Staat und zugleich 1.000.000 SI\$ (ca. 97.780 €) aus Taipeh. Dazu fließen verschiedene Summen an einzelne Abgeordnete, um sich deren Stimme zu kaufen. Summen zwischen 30.000 (ca. 2.933 €) und 50.000 SI\$ (ca. 4.889 €) wurden für das „richtige“ Stimmverhalten bei der Wahl des taiwanfreundlichen Kandidaten Snyder Rini im April 2006 gezahlt (vgl. Dobell 2007: 11f). Die Wahl Rinis führte schließlich zu Ausschreitungen gegenüber Chinesen in der salomonischen Hauptstadt Honiara, so dass Rini kurze Zeit später sein Amt wieder zur Verfügung stellen musste (vgl. Behrsing 2006: 6, D’Arcy 2007: 1).

Die *Marshallinseln* wechselten 1998 von der PRC zur ROC. Die PRC kümmert sich seitdem intensiv um den mikronesischen Inselstaat, wobei offensichtlich die Grenzen auch einer offensiven Diplomatie überschritten werden. Im Präsidentschaftswahlkampf 2005 ging es nicht nur um den Vergleich zwischen Präsident Note und seinem Herausforderer und Vorgänger Kabua, sondern vor allem um deren gegensätzliche Haltung zu den beiden Chinas. Der Präsident der Marshallinseln wird aus der Mitte des 33 Senatoren umfassenden Unterhauses gewählt (vgl. Meller 1990: 61), so dass sich sowohl die ROC als auch die PRC intensiv um die Senatoren zu kümmern begannen. Unbestätigten Berichten zufolge

<sup>13</sup> Dies ist jedoch eher unverständlich, wenn man sich die tatsächlichen absoluten und relativen Zahlen der chinesischstämmigen Bevölkerung in den einzelnen pazifischen Staaten vergegenwärtigt (vgl. Hegarty 2007:12).

Country	Total Population	Chinese Population (est.)	% of Total Population (est.)
Papua New Guinea	5.670.544	20.000	0,035
Fiji	905.949	20.000	2,21
Vanuatu, Solomon Islands, New Caledonia	902.000	2.600	0,29
Tonga	114.689	500	0,44
Nauru	13.287	1.000	7,53



soll die PRC Senatoren und Ministern zwischen 6.000 und 10.000 US\$ für das „richtige“ Stimmverhalten geboten haben (vgl. [www.taipeitimes.com](http://www.taipeitimes.com) vom 28.03.2007). Bereits im Jahre 2000 soll die ROC bis zu 100.000 US\$ für die Wahl des taiwanfreundlichen Kabua zur Disposition gestellt haben. Es wird vermutet, dass weitere sieben Millionen US\$ aus inoffiziellen Quellen Taiwans in Richtung Marshallinseln geflossen sein sollen (vgl. Sung 2000: 2).

Ein ähnliches Verhalten zeigten die beiden chinesischen Staaten in *Kiribati*. Im Jahre 1997 genehmigte die Regierung Kiribatis der PRC, zu der seinerzeit diplomatische Beziehungen bestanden, den Bau einer Beobachtungsstation für Satelliten, um – so die offizielle Begründung - das eigene Weltraumprogramm voranzutreiben. Allerdings verstummten die Gerüchte nicht, die den eigentlichen Zweck dieser Anlage im Ausspionieren des amerikanischen Raketentestgeländes im benachbarten Kwajalein sahen (vgl. Fickling 2003, Pareti 2004: 27, Reilly 2002: 20). Am 07.11.2003 erkannte die Regierung um Anote Tong die ROC diplomatisch an, woraufhin Peking sofort alle Zahlungen und Aktivitäten in Kiribati einstellte und ihre Beobachtungsstation schloss. Der Anerkennung gingen allerdings verschiedene Winkelzüge zwischen Taiwan, der PRC und den USA voraus, die vor allem mit der Präsidentschaftswahl vom 04.07.2003 zusammenhingen. Eines der bedeutendsten innenpolitischen Themen dieser Wahl betraf die besagte chinesische Beobachtungsstation, von der die Bewohner Kiribatis nichts Gutes erwarteten. Es wurde befürchtet, dass die USA im Falle eines Konflikts mit der PRC Kiribati angreifen könnten<sup>14</sup>. Taiwan nutzte diese Situation aus und begann, um Kiribati zu werben. Im Präsidentschaftswahlkampf traten die beiden Brüder Harry und Anote Tong gegeneinander an. Harry Tong hatte Kontakt zu dem auf Kiribati ansässigen Iren Brian Orme, der seinerseits Verbindungen zu dem Chef der taiwanesischen Handelsmission auf Fidschi, Fu-Tien Liu, pflegte. Orme bestätigte, Geld für den Präsidentschaftskandidaten Harry Tong entgegengenommen zu haben. Harry Tong bejahte seinerseits, ein Dokument unterzeichnet zu haben, wonach eine Regierung unter seiner Führung die ROC diplomatisch anerkennen würde. Harrys Bruder Anote stand im Verdacht, ebenfalls taiwanesisches Geld entgegengenommen zu haben. Dies wurde von ihm in seiner

---

<sup>14</sup> Tatsächlich drangen Kampffjets der USA vor einigen Jahren in den Luftraum Kiribatis ein und machten Fotos von der Station. Zudem nahmen die Bewohner Kiribatis eine neuseeländische Satire, wonach die USA Kiribati im Zuge ihres Anti-Terror-Kampfes den Krieg erklärten, ernst (vgl. Fickling 2003).

Position als Präsident auch bestätigt. Allerdings, so Anote Tong, geschah dies legal in seiner staatlichen Funktion als Präsident Kiribatis, so dass diese Gelder nicht ihm, sondern dem Land zugute kamen. Inwieweit hier eine Selbstbereicherung stattfand, ist nicht eindeutig zu klären. Es ist allerdings ein Fakt, dass Taiwan mit den beiden wichtigsten Präsidentschaftskandidaten in Kontakt stand und dass Kiribati nur wenig später Taiwan anerkannte (vgl. Fickling 2003, Pareti 2004b: 18ff). Im Rahmen der Präsidentschaftswahl 2003 in Kiribati ist auch die Haltung der USA nicht uninteressant. Einerseits war Washington wenig glücklich über die chinesische Station in Kiribati. Andererseits wollte man nicht direkt intervenieren, um die Beziehungen zu Peking nicht zu gefährden. Eine offiziell eigenständige Politik des souveränen Staates Kiribati über die Wahl der diplomatischen Beziehungen brachte Washington in die Lage, die chinesische Station zu neutralisieren, ohne selbst an ihrer Neutralisierung teilnehmen zu müssen. Tatsächlich haben sich die Beziehungen zwischen den USA und Kiribati seit der Anerkennung Taiwans durch Kiribati und der dazugehörigen Schließung der chinesischen Beobachtungsstation sehr verbessert (vgl. Fickling 2003). In diesem Zusammenhang zeigt sich aber auch, inwieweit die chinesische Außenpolitik im Pazifik auf einen globalen Vergleich mit den USA angelegt ist. Dies belegt auch das chinesische Engagement in Fidschi.

Besonders im Falle *Fidschis* zeigten sich auch die regionalen Auswirkungen. Die kritische Situation nach dem letzten Militärputsch in Fidschi 2006 nutzten die Putschisten um Frank Bainimarama, um mit Hilfe Pekings die internationalen und besonders die australischen Proteste zu kompensieren sowie finanziell liquide zu bleiben (vgl. Kearney/Dodd 2006). Die PRC verhielt sich neutral gegenüber dem „Regierungswechsel“ in Suva, so dass sich die Putschisten vor allem um Pekings Gunst sorgten. Weiterhin bestanden Kontakte mit Südkorea, Malaysia und Japan sowie mit Indien (vgl. [www.news.com.au](http://www.news.com.au) vom 29.03.07). Bainimarama baute auf den Wettstreit zwischen der PRC und der ROC. Die PRC bot Fidschi und anderen pazifischen Inselstaaten im Falle der Anerkennung Pekings im Rahmen des Pacific Islands Countries Economic Development and Cooperation Forum knapp 400 Mio. US\$ an Unterstützung an. Bereits ein Jahr vor dem Putsch knüpfte Bainimarama in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte Fidschis Kontakte mit der PRC,

wo er die Unterstützung von Pekings Ein-China-Politik<sup>15</sup> durch die fidschianischen Streitkräfte zusicherte. Gegenüber Kritikern aus Australien und Neuseeland entgegnete er, dass Fidschi ebenso wie Australien das Recht habe, enge Verbindungen zur PRC zu unterhalten<sup>16</sup> (vgl. Davis 2007). Durch das Auftreten Chinas in Fidschi war es der dortigen Regierung möglich, den australischen Einfluss in der Region auszubalancieren. Gleichfalls fühlt sich Canberra durch das Auftreten der PRC im Pazifik als Regionalmacht herausgefordert. Schließlich erkennen die dortigen schwachen Inselstaaten im Sinne eines Trittbrettfahrers, dass sich die Abhängigkeit und der Einfluss von Australien durch Bündnisse mit anderen Mächten vermindern lassen. Dadurch wird der PRC eine Tür in den Pazifik geöffnet, die nicht nur Taiwan und Australien gerne schließen würden, sondern auch die USA (vgl. Kelly 2006).

Es zeigen sich hier also ebenso wie in den anderen bedeutenden Fällen des Engagements der PRC im Pazifik verschiedene Ebenen des außenpolitischen Handelns der PRC. Neben den ökonomischen Interessen und dem Rivalitätsdenken zur ROC ist das Handeln Pekings im Pazifik vor allem durch den Vergleich zu den USA bestimmt, so dass die Eindämmung des globalen Anspruchs der USA als eine weitere außenpolitische Determinante der PRC anzusehen ist.

### *3.3. Die Außenpolitik der PRC in Ozeanien vor dem Hintergrund des Verhältnisses zu den USA*

Der zunehmende Vergleich zwischen dem „Tabellenführer“ USA und seinem Herausforderer China zeigt sich anhand des Auftretens der PRC im inselpazifischen

---

<sup>15</sup> Die VRC erhebt den Anspruch, das einzige China zu sein. Taiwan wird aus Pekings Sicht als integraler Bestandteil Chinas gesehen.

<sup>16</sup> Wie eng die Beziehungen zwischen der PRC und Australien sind belegen z.B. die ökonomischen Kennziffern. Die PRC ist einer der wichtigsten Abnehmer für australische Rohstoffe und rangiert inzwischen nach den USA und Japan auf dem dritten Platz als australischer Haupthandelspartner. Australische Sorgen um die Menschenrechtssituation in der PRC traten zunehmend in den Hintergrund. Australiens Haltung in der Taiwankrise 1996 suggerierte Peking eine Eindämmungsstrategie der USA mit Hilfe Australiens und Japans, was zu Spannungen zwischen Peking und Canberra führte. Canberra reagierte daraufhin mit einem Kurs der verstärkten Annäherung an Peking, was wiederum die USA zu der Bemerkung verführte, dem ANZUS (Australien, New Zealand, United States)-Pakt im Falle einer Neutralität Australiens im Rahmen einer Taiwankrise ein Ende in Aussicht zu stellen. Die PRC drohte Australien ihrerseits mit sehr ernsten Konsequenzen im Falle eines aus Pekings Sicht falschen Verhaltens (vgl. Hartcher 1999: 1). An diesem Beispiel zeigt sich auch, wie sehr selbst Australien als pazifische Vormacht zwischen die Mühlsteine der beiden großen Mächte USA und PRC gerät (vgl. Möller 2006: 3f).

Raum. Dabei lässt sich vor allem ein Paradigmenwechsel in der chinesischen Außenpolitik beobachten. Idealistische Kooperationen werden zunehmend von realistischen Wettbewerbsgedanken eingeholt (vgl. Möller 2005: 181). Das Verhältnis der beiden Mächte USA und PRC hat seit 1949 verschiedene Stadien durchlaufen: Ausgehend von einer strategischen Gegnerschaft in den 1950er und 1960er Jahren über eine Partnerschaft vor dem Hintergrund der als Bedrohung empfundenen UdSSR in den 1970er und 1980er Jahren befinden sich die beiden Staaten nun in einem Stadium der Konkurrenz (vgl. Shambaugh 2000: 97).

Der Vergleich zwischen den USA und der PRC ist von grundsätzlicher Natur, obwohl er nicht mit der Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR zu Zeiten des Kalten Krieges verglichen werden kann (vgl. Shambaugh 1999/2000: 52-79). Die PRC unterstützt offiziell eine multipolare Weltordnung, die aus der Sicht Pekings zu einer Eindämmung der unipolaren Wünsche Washingtons führen wird. Der Weg dorthin vollzieht sich über eine machtpolitische Einbahnstraße, in der die Logik des Sicherheitsdilemmas<sup>17</sup> bestimmend ist. Hier zeigt sich auch, dass das Bestreben Pekings in den PIS sehr stark durch die strategische Natur des Verhältnisses zwischen den USA und der PRC geprägt ist. Chinas ökonomische Macht und seine Fähigkeit der Einflussnahme in Asien und auch Ozeanien werden in Washington als eine Gefährdung der eigenen Interessen interpretiert. Den USA stehen im Hinblick auf die PRC drei große Optionen zur Verfügung (vgl. Khalilzad et al. 1999: 63-75), zu denen die Option der Normalisierung und die Option eines zu erwartenden Hegemonialkonflikts gehören. Eine dritte Option besteht darin, dass über einen zukünftigen Weg der PRC keine Aussagen getroffen werden können, weswegen Peking zum einen die Möglichkeit der Normalisierung offeriert werden soll und zum anderen aber auch sichergestellt wird, dass die zweite Möglichkeit besteht (vgl. Rudolf 2006: 69). Tatsächlich stehen Washington und Peking in einem zunehmenden Maße in Konkurrenz zueinander, obwohl in anderen Bereichen – z.B. beim Kampf gegen den Drogenhandel – durchaus auch kooperative Momente zu beobachten sind (vgl. Shambaugh 2000: 100).

---

<sup>17</sup> Der Begriff Sicherheitsdilemma beschreibt ein Grundproblem internationaler Beziehungen. Indem Staaten nationale Schutzbedürfnisse entweder einzeln oder in Form von Bündnissen oder Allianzen gegenüber anderen Staaten vertreten, führt dies unabhängig von der eigentlichen Intention, den eigenen Staat zu erhalten, unweigerlich zu einem Bedrohungsempfinden der jeweiligen Gegenseite und somit zu zunehmender wechselseitiger militärischer Aufrüstung.

In Ozeanien sind die USA selbst kaum aktiv, was angesichts der zunehmenden Präsenz der PRC in der Region von einigen Stimmen in Washington kritisiert wird. Nicht zuletzt aus diesem Grunde verkündete US-Präsident George W. Bush das Jahr 2007 zum „Year of the Pacific“, um die Aufmerksamkeit wieder auf die Region zu lenken, die seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus' in Europa vernachlässigt war<sup>18</sup>. Dabei wurde besonders vor der zunehmenden Bedeutung der PRC im südwestlichen Pazifik gewarnt (vgl. D'Arcy 2007: 18, CRS 2007, O'Connor 2007). Es wird befürchtet, dass zwecks Eindämmung der USA der strukturelle Zwang zum machtpolitischen Ausbau einerseits und Pekings begrenzte Marine andererseits dazu führen können, dass die PIS eine ähnliche strategische Bedeutung erhalten würden wie zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Dies erscheint zwar lediglich vor einem zumindest momentan unwahrscheinlichen worst case-Szenario einleuchtend, macht aber deutlich, dass sich die Außenpolitik der PRC in Ozeanien langfristig vor allem mit den USA beschäftigt (vgl. Henderson 2001: 153, Keith-Reid 2001: 8). Damit überrascht es etwas, dass sich Washington durch Australien vertreten lässt. Der australische Premier Howard vergab Australien selbst in einem (später dementierten) Interview den Titel als Amerikas Deputy in der Region (vgl. Brenchley 1999: 22-24). Die USA nutzten Australiens Rolle z.B. im Rahmen der ASEAN<sup>19</sup> und beim East Asian Summit 2005 (vgl. Seth 2005: 8). Die Lücke, die von den USA hinterlassen wird, scheint die PRC neben Australien gerne auszufüllen, weil sie ihren eigenen Sicherheitsinteressen sehr nahe kommt. Dabei gelingt es der PRC, zweigleisig vorzugehen und freie Plätze zu besetzen, ohne Australien als Verbündeten der USA zu verstimmen, was jedoch angesichts der ökonomischen Interessen Australiens in der PRC nicht wirklich überrascht.

---

<sup>18</sup> Erste Schritte in diese Richtung deuten sich gegenwärtig auf Guam an. Guam ist für die amerikanische Luftwaffe und Marine ein strategisch enorm wichtiger Ort, der es ermöglicht, weite Teile des Pazifiks und Südostasiens zu kontrollieren. Guam soll als Machtprojektion mit einem klaren Signal in Richtung Peking – u.a. als Einsatzpotenzial in einem möglichen Taiwan-Konflikt - und Richtung der Terrorbekämpfung fungieren. Die US-Streitkräfte verlegten aus diesem Grunde Kampfbomber und atomare U-Boote nach Guam. Die Verstärkung der militärischen US-Präsenz sollte auch im Zusammenhang mit der Reduzierung amerikanischer Truppen in Südkorea und somit im Rahmen eines Umbaus der globalen und regionalen amerikanischen Stützpunkt-Architektur gesehen werden (vgl. Schreer 2005: 15). US-Vizepräsident Cheney kündigte in diesem Kontext den Ausbau der amerikanischen Einrichtungen auf Guam an. Die US-Streitkräfte veranschlagten hierfür eine Budgetsteigerung um 56 % auf 345 Mio. US\$. Zusätzlich sollen 8.000 Soldaten von Stützpunkten auf Okinawa nach Guam verlegt werden, was weitere 15 Mrd. US \$ in Anspruch nehmen würde (vgl. Pazifik Aktuell 2007:6f).

<sup>19</sup> ASEAN (Association of Southeast Asian Nations = Verband Südostasiatischer Nationen) ist eine internationale Organisation südostasiatischer Staaten mit Sitz in Jakarta. Mitgliedstaaten sind: Brunei, Vietnam, Myanmar, Laos, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand.

Die PRC nutzt hier einmal mehr ihre wirtschaftliche Bedeutung als Trumpfkarte ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Dennoch registrieren sowohl Canberra als auch Washington eine offensivere Sicherheitspolitik der PRC, die sich besonders in der Modernisierung der chinesischen Volksbefreiungsarmee ausdrückt, wobei vor allem der Aufbau einer schlagkräftigen Hochseeflotte im Vordergrund steht (vgl. Li et al. 2006: 18). Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die chinesischen Streitkräfte ihre Verteidigungsstrategie weit in den Pazifik hineinlegen. Der so genannte Second Island Chain<sup>20</sup> umfasst ähnlich dem amerikanischen „Strategic Denial“<sup>21</sup> in Mikronesien während des Kalten Krieges die pazifischen Inseln bis hin zu den Salomonen (vgl. USA 2006: 11). Vor diesem Hintergrund ist das Engagement der PRC im inselpazifischen Raum letztendlich zu bewerten.

#### *4. Fazit: Kleinstaatliche Souveränität als Ware im Konkurrenzkampf zwischen der PRC und den USA*

Die Ozeanienpolitik der PRC funktioniert wie eine gut geölte Maschine, in der genau geplant verschiedene Rädchen ineinander greifen und so letztendlich auch große Schwungräder antreiben. Oder um es anders zu formulieren: Das Engagement der PRC in den PIS ist weniger das Ergebnis einer selbstlos-idealistischen Hilfeleistung des „Starken“ gegenüber dem „Schwachen“ bzw. das Ergebnis einer von Harmonie geprägten Außenpolitik, sondern vielmehr anhand einer rationalen Handlung im Sinne einer bestimmten Zielsetzung zu verstehen. Der erste Schritt besteht darin, eine harmonische Außenpolitik zu suggerieren, der zweite Schritt umfasst die Isolation der ROC, während der dritte Schritt in dem Zurückdrängen und Eindämmen der USA besteht. In diesem Sinne erscheint die Außenpolitik der PRC in Ozeanien nahezu perfekt, weil es ihr gelingt, über eine Funktion verschiedene Ziele auf unterschiedlichen Ebenen zu erreichen. Dabei sind die PIS ein ideales Testgebiet, weil sich hier außenpolitisches Handeln auf globaler Ebene im Sinne der Konkurrenz zwischen der PRC und den USA quasi unter Laborbedingungen proben lässt, ohne dass dafür allzu viel investiert werden müsste.

---

<sup>20</sup> Eine strategische Vorabverteidigungslinie Chinas im Pazifischen Ozean. Demnach haben die USA Vetorechte im mikronesischen Raum, die es ihnen ermöglichen, den Zugang anderer Mächte in die Region zu verweigern. Damit zogen die USA eine militärische Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg als die Japaner die mikronesischen Inseln unter ihre Kontrolle brachten (vgl. [www.pacificmagazine.net/issue/2003/09/01/strategic-denial-redux?printview=1](http://www.pacificmagazine.net/issue/2003/09/01/strategic-denial-redux?printview=1) v. 20.12.2007).

<sup>21</sup> Strategisches Zugangsverbot

Dem gegenüber stehen die PIS, die durch den Konkurrenzkampf zwischen Washington und Peking und durch die Isolationspolitik der PRC gegenüber der ROC stark profitieren. Es gelingt den schwachen insularen Kleinstaaten des Pazifiks, hier die eigene staatliche Souveränität als Einnahmequelle nutzbar zu machen, um die Defizite zu überdecken, die sich aus ihrer Existenz als wirtschaftlich äußerst schwache und oftmals auch politisch fragile Staaten ergeben. Auch deshalb eignen sich die PIS sehr gut als Testgelände für die chinesische Außenpolitik, weil die Investitionen, die Peking aufzuwenden hat, in einem augenscheinlich positiven Verhältnis zu einem möglichen Ertrag stehen. Die PIS bieten also ihre staatliche Souveränität als Ware an, die von den beiden chinesischen Staaten als sehr potente Kunden weit über dem eigentlichen Wert nachgefragt wird. Dabei kommt der Ertrag jedoch selten bei den Bewohnern der pazifischen Quasi-States<sup>22</sup> an, sondern verbleibt häufig letztendlich bei der kleinen Elite der Entscheider. Der Erhalt des eigenen Staates – im Falle Tuvalu beispielsweise umfasst der Staat 21,6 km<sup>2</sup> und rund 10.000 Bewohner - ist somit ein persönliches Anliegen der kleinstaatentypisch sehr überschaubaren Elite.

#### *Literatur:*

- Australia, Commonwealth of* (2006): China's Emergence: Implications for Australia (Senate Foreign Affairs, Defence and Trade References Committee, March 2006), Canberra.
- Behrsing, Boris* (2006): Ministerpräsident der Salomonen tritt zurück, in: Frankfurter Rundschau, 27.04.2006, 6.
- Biddick, Thomas V.* (1989): Diplomatic Rivalry in the South Pacific: The PRC and Taiwan, in: *Asian Survey* 29: 8, 800-815.
- Bishop, Mike/Wigglesworth, Ann* (1982): A Touch of Australian Enterprise – The Vanuatu Experience, Melbourne.
- Böge, Volker* (2001): Konfliktpotentiale und Gewaltkonflikte im Südpazifik (Arbeitspapier Nr. 1/2001 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung der Universität Hamburg), Hamburg.
- Brenchley, Fred* (1999): The Howard Defence Doctrine, in: *The Bulletin*, Bd. 117, Nr. 6193/1999, 22-24.
- Callick, Rowan* (2004): China Reaches For PNG's Nickel, in: *Islands Business* 30: 4, 26-27.
- Campbell, Ian C.* (2004): The Quest for Constitutional Reform in Tonga (Paper zur Conference on Political Culture, Representation and Electoral Systems in the Pacific, 10.-12.07.2004), Potr Vila.
- Chen, Chuan* (2006): Chinas neue Sicherheitsdoktrin, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 51: 3, 325-336.
- Croccombe, Ron* (2007): The Fourth Wave: Chinese in the Pacific Islands in the Twenty-First Century, in: Paul D'Arcy (ed.): *Chinese in the Pacific: Where are they now?*, (Special Issue der *Chinese Southern Diaspora Studies*), May 2007, 23-34.
- CRS (Congressional Report Service)* (2007): *The Southwest Pacific, US Interests and China's Growing Influence*, US Congress April 2007, Washington.

---

<sup>22</sup> Ein „Quasi-Staat“ ist ein Staat, der formal als solcher anerkannt ist, aber die Staatsfunktion kaum wahrnehmen kann, insbesondere nach innen (vgl. Jackson 1990).

- D'Arcy, Paul* (2007): *Chinas in the Pacific: Some Policy Considerations for Australia and New Zealand (State, Society and Governance in Melanesia Project, Discussion Paper 2007/4)*, ANU Canberra.
- Davis, Graham* (2007): *The New Power Game*, in: [www.fijitimes.com/story.aspx?id=56756](http://www.fijitimes.com/story.aspx?id=56756); 29.03.2007.
- Dobell, Graeme* (2007): *China and Taiwan in the South Pacific: Diplomatic Chess Versus Pacific Political Rugby (Policy Brief January 2007, Lowy Institute for International Policy)*, Sydney.
- Drezner, Daniel W.* (2001): *Sovereignty for Sale*, in: *Foreign Policy* 32: 125, 76-77.
- Eun-Jeung, Lee* (2000): *Die inneren Antriebe. Der Konfuzianismus und andere Hochkulturen als Entwicklungsmotor oder als Entwicklungshemmnis?*, in: Menzel, Ulrich (Hrsg.): *Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen*, Frankfurt/Main, 418-440.
- Fickling, David* (2003): *Diplomacy for Sale*, in: [www.guardian.co.uk/taiwan/Story/0,,1097301,00.html#article\\_continue](http://www.guardian.co.uk/taiwan/Story/0,,1097301,00.html#article_continue); 29.03.2007.
- Field, Michael* (2005): *Tuna Tactics*, in: *Islands Business* 31: 5, 16-21.
- Fraenkel, Jon* (2004): *The Coming Anarchy in Oceania? A Critique of the 'Africanisation of the South Pacific' Thesis*, in: *Journal of Commonwealth and Comparative Politics*, 42: 1, 1-34.
- Hartcher, Peter* (1999): *Australia Urged to Take China Conflict Role*, in: *Australia Financial Review*, 31.08.1999, 1.
- Hegarty, Peter* (2007): *China in the South Pacific (State, Society and Governance in Melanesia Project, Working Paper 2007/2)*, ANU Canberra.
- Henderson, John* (2001): *China, Taiwan and the Changing Strategic Significance of Oceania*, in: *Revue Juridique Polynésienne (Numéro Hors Série 1)*, 143-156.
- Henderson, John/Reilly, Benjamin* (2003): *Dragon in Paradise: China's Rising Star in Oceania*, in: *The National Interest* 18: 72, 94-104.
- Hilpert, Hanns Günther/Möller, Kay/Wacker, Gudrun/Will, Gerhard* (2005): *China 2020 (Stiftung Wissenschaft und Politik)*, Berlin.
- Holtz, Andreas* (2007): *Demokratie und Tradition im Königreich Tonga: „Königliche Republik“?*, in: *Asien*, Nr. 104, Juli 2007, 166-175.
- Jackson, Robert H.* (1990): *„Quasi-States: Sovereignty, International Relations, and the Third World“*, Cambridge.
- Jisi, Wang* (1999): *Die Beziehungen zwischen Amerika und China*, in: Maull, Hans W./Segal, Gerald/Wanandi, Jusuf (Hrsg.): *Europa und Asien-Pazifik*, München, 192-202.
- Kakazu, Hiroshi* (1994): *Sustainable Development of Small Island Economies*, Boulder.
- Kearney, Simon/Dodd, Mark* (2006): *Coup Leaders Denied Access to Cash*, in: [www.theaustralian.news.com.au/story/0,20867,20891322-2702,00.html](http://www.theaustralian.news.com.au/story/0,20867,20891322-2702,00.html); 29.03.2007.
- Keith-Reid, Robert* (2001): *Here Come the Chinese. Why?*, in: *Pacific Magazine* 26: 8, 8.
- Keith-Reid, Robert* (2004): *China to the Kingdom's Rescue?*, in: *Islands Business* 30: 9, 26-27.
- Keith-Reid, Robert* (2004b): *Bleak No More for PNG's Mining Business*, in: *Islands Business* 30: 6, 36-37.
- Keith-Reid, Robert* (2004c): *Pacific Tuna Politics*, in: *Islands Business* 30: 10, 16-18.
- Kelly, Rick* (2006): *Fijian Military Regime Moves to Suppress any Opposition*, in: [www.wsws.org/articles/2006/dec2006/coup-d08.shtml](http://www.wsws.org/articles/2006/dec2006/coup-d08.shtml); 29.03.2007.
- Khalilzad, Zalmay/Shulsky, Abram N./Byman, Daniel/Orletsky, David T./Shlapak, David A./Tellis, Ashley J.* (1999): *The United States and a Rising China: Strategic and Military Implications*, Santa Monica.
- Lackner, Michael* (2000): *Konfuzius von oben? Tradition als Legitimation politischer Herrschaft in der VR China*, in: Herrmann-Pillath, Carsten/Lackner, Michael (Hrsg.): *Länderbericht China*, 2. Aufl., Bonn, 425-448.
- Lawson, Stephanie* (1994): *Tradition Versus Democracy in the Kingdom of Tonga (Regime Change and Regime Maintenance in Asia and the Pacific Discussion Paper No. 13, ANU Canberra)*, Canberra.
- Lawson, Stephanie* (1996): *Tradition Versus Democracy in the South Pacific*, Cambridge.
- Lawson, Stephanie* (2003): *Fiji: Divided and Weak*, in: Rotberg, Robert I. (Hrsg.): *State Failure and State Weakness in an Time of Terror*, Cambridge/Washington, 265-288.
- Li, Nan/McVadon, Eric/Wang, Qinghong* (2006): *China's Evolving Militray Doctrine (Pacific Forum CSIS, Issues and Insights 6: 20, Dec 2006)*, Honolulu.
- May, Ron J. (ed.)* (2003): *„Arc of Instability? Melanesia in the Early 2000s“*, Christchurch/Canberra.
- McDougall, Derek* (2004): *Intervention in Solomon Islands*, in: *The Round Table* 93: 374, 213-223.
- Medeiros, Evan S./Fravel, M. Taylor* (2003): *China's New Diplomacy*, in: *Foreign Affairs* 82: 6, 22-35.



- Meller, Norman* (1990): The Micronesian Executive: The Federated States of Micronesia, Kiribati, and the Marshall Islands, in: *Pacific Studies* 14: 1, 55-72.
- Möller, Kay* (2003): Chinas Außenpolitik: Selektive Multilateralität (Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin.
- Möller, Kay* (2005): Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949-2004, Wiesbaden.
- Möller, Kay* (2006): China im Westen (Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin.
- Mückler, Hermann* (2000): Melanesien in der Krise (Wiener Ethnohistorische Blätter, Heft 46), Wien.
- Mückler, Hermann* (2006): Tonga, in Werner Kreisel (Hg.): *Mythos Südsee*, Hamburg, 185-192.
- Nadkarni, Dev* (2005): Pacific Islands Drifting North?, in: *Islands Business* 31: 6, 6.
- Nelson, Hank* (2006): Governments, States and Labels (State, Society and Governance in Melanesia Project, Discussion Paper 2006/1), ANU Canberra.
- O'Connor, Patrick* (2007): US Congress receives warning of China's growing influence in South Pacific (World Socialist Website v. 29.08.2007, [www.wsws.org/articles/2007/aug2007/paci-a29.shtml](http://www.wsws.org/articles/2007/aug2007/paci-a29.shtml)); 26.09.2007.
- Pareti, Samisoni* (2004): Why Kiribati's Switching Alliance, in: *Islands Business* 30: 1, 27.
- Pareti, Samisoni* (2004b): Taiwan's Tracky Tactics in Tarawa, in: *Islands Business* 30: 2, 18-20.
- Pazifik Aktuell* (2007), Nr. 69, Februar 2007.
- Ponzio, Richard* (2005): The Solomon Islands: The UN and Intervention by Coalitions of the Willing, in: *International Peacekeeping* 12: 2, 173-188.
- Powles, Michael* (2002): Making Waves in the Big Lagoon: The Influence of Pacific Islands Forum Countries in the United Nations, in: *Revue Juridique Polynésienne* (Numéro Hors Série 2), 59-76.
- Powles, Michael* (2007): China looks to the Pacific, in: Paul D'Arcy (ed.): *Chinese in the Pacific: Where are they now?*, (Special Issue der Chinese Southern Diaspora Studies), May 2007, 43-55.
- Reilly, Ben* (2000): The Africanisation of the South Pacific, in: *Australian Journal of International Affairs* 54: 3, 261-268.
- Reilly, Ben* (2002): Internal Conflict and Regional Security in Asia and the Pacific, in: *Pacifica Review* 14: 1, 7-21.
- Rudolf, Peter* (2006): Der Aufstieg Chinas und die USA: Perzeption und Strategie, in: Wacker, Gudrun (Hrsg.): *Chinas Aufstieg: Rückkehr zur Geopolitik?* (Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin, 67-73.
- Schreer, Benjamin* (2005): Die Neuordnung der amerikanischen Auslandsstützpunkte (Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin.
- Schweller, Randall L.* (1993): Tripolarity and the Second World War, in: *International Studies Quarterly* 37: 1, 73-103.
- Seth, Sushil* (2005): Armitage Speech Shows US Concerns in Asia, in: *Taipeh Times*, 01.09.2005, 8.
- Shambaugh, David* (1999/2000): China's Military Views the World: Ambivalent Security, in: *International Security* 23: 3, 52-79.
- Shambaugh, David* (2000): Sino-American Strategic Relations: From Partners to Competitors, in: *Survival* 42: 1, 97-115.
- Störig, Hans Joachim* (1998): *Kleine Weltgeschichte der Philosophie*, Frankfurt/Main.
- Sung, Catherine* (2000): MOFA Slams Latest Report of Diplomatic Corruption, in: *Taipei Times*, 22.01.2000, 2.
- Taafaki, Taaasa* (2007): Polynesia in Review: Issues and Events, 1 July 2005 to 30 June 2006, in: *The Contemporary Pacific* 19: 1, 276-286.
- Tarte, Sandra* (1998): *Japan's Aid Diplomacy and the Pacific Islands* (National Centre for Development Studies), Canberra.
- Taylor, Ian* (1998): China's Foreign Policy Towards Africa in the 1990s, in: *Journal of Modern African Studies* 36: 3, 443-460.
- Teaiwa, Teresia/Koloamatangi, Malakai* (2006): Democracy and Its Prospects in the Pacific, in: Michael Powles (Hrsg.): *Pacific Futures*, Canberra, 20-35.
- Tull, Dennis M.* (2005): Die Afrikapolitik der Volksrepublik China (Stiftung Wissenschaft und Politik), Berlin.
- UN (United Nations, General Assembly)* (2005): Question of the Representation of the Twenty-Three Million People of Taiwan in the United Nations" (A/60/192), New York.
- USA, Department of Defense* (2006): *Military Power of the People's Republic of China 2006. Annual Report to Congress*, Washington.
- Windybank, Susan* (2005): The China Syndrome, in: *Policy* 21: 2, 28-33.
- Ziesemer, Bernd* (2006): Die Konfuzius-Konfusion, in: [www.cicero.de/97.php?ress\\_id=9&item=1696](http://www.cicero.de/97.php?ress_id=9&item=1696); 25.03.2007.

*Internet:*

[www.guardian.co.uk/taiwan/Story/0,,1097301,00.html#article\\_continue](http://www.guardian.co.uk/taiwan/Story/0,,1097301,00.html#article_continue) vom 29.03.2007  
[www.news.com.au/heraldsun/story/0,21985,20990259-5005961,00.html](http://www.news.com.au/heraldsun/story/0,21985,20990259-5005961,00.html) vom 29.03.2007  
[www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2005/04/30/2003252555](http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2005/04/30/2003252555) vom 28.03.2007  
[www.theaustralian.news.com.au/story/0,20867,20891322-2702,00.html](http://www.theaustralian.news.com.au/story/0,20867,20891322-2702,00.html) vom 29.07.2007  
[www.pacificmagazine.net/issue/2003/09/01/strategic-denial-redux?printview=1](http://www.pacificmagazine.net/issue/2003/09/01/strategic-denial-redux?printview=1) v. 20.12.2007  
[www.cicero.de/97.php?ress\\_id= 9&item= 1696](http://www.cicero.de/97.php?ress_id=9&item=1696) vom 25.03.2007  
[www.tmcnet.com/submit/2006/04/26/1610253.htm](http://www.tmcnet.com/submit/2006/04/26/1610253.htm) vom 25.03.2007  
[www.fijitimes.com/story.aspx?id=56756](http://www.fijitimes.com/story.aspx?id=56756) vom 29.03.2007  
[www.wsws.org/articles/2006/dec2006/coup-d08.shtml](http://www.wsws.org/articles/2006/dec2006/coup-d08.shtml) vom 29.03.2007  
[www.wsws.org/articles/2007/aug2007/paci-a29.shtml](http://www.wsws.org/articles/2007/aug2007/paci-a29.shtml) vom 26.09.2007